

Uferweg am Zürichsee - Regierungsrat nimmt Stellung zur Seeuferplanung

Der Regierungsrat hat ein Postulat zum Seeuferweg beantwortet. Er schreibt darin, welche Abschnitte geplant sind und wo die Schwierigkeiten beim Bau von Uferwegen liegen.

Daniel Hitz

Publiziert: 17.09.2020, 19:46, **online Version** (der fette Text ist in der Printversion nicht drin)

Ein Weg direkt am Wasser, der rund um den See führt: Das wünschen sich viele. Was am Greifen-, Pfäffiker- und Türlerseer Realität ist, ist am Zürichsee noch Wunschdenken. Auf dem Seeuferweg klaffen Lücken, und die Spaziergänger müssen auf andere Strassen ausweichen. Die Unterbrücke des Seeuferwegs so gut wie möglich zu schliessen, ist Ziel des Kantons. Zu wenig schnell voran geht es den drei Kantonsräten Tobias Mani (Wädenswil, EVP), Jonas Erni (Wädenswil, SP) und Thomas Wirth (Hombrechtikon, GLP). Deshalb hatten sie letztes Jahr ein Postulat eingereicht, in dem sie vom Regierungsrat einen Überblick über den Stand der Planung sowie einen Zeit- und Vorgehensplan über die nächsten 15 bis 20 Jahre verlangten. Die Zürcher Kantonsregierung hat nun den entsprechenden Bericht veröffentlicht.

Daraus wird ersichtlich, dass der Seeuferweg am linken Ufer zu 57 Prozent erstellt ist, was 13,5 Kilometern entspricht. Am rechten Ufer zu 46 Prozent, also 12,4 Kilometer. Damit ist das Ufer des Zürichsees auf Zürcher Kantonsgebiet etwa zur Hälfte mit einem Weg am Wasser erschlossen. Wirkliche Lücken gibt es gemäss Regierungsrat aber nur auf einem Viertel des Weges. Denn die Kantonsregierung führt im Bericht auch auf, dass der Uferweg auf rund einem weiteren Viertel auf dem Trottoir der Seestrasse verläuft.

Projekte in Planung

Kann ein Seeuferweg auch ausserhalb des Ufers verlaufen? Postulant Tobias Mani sagt Nein. «Das Trottoir der Seestrasse aufzuwerten, ist nicht das Ziel, sondern die Lücken des Seeuferwegs zu schliessen.» Entsprechend unzufrieden zeigt er sich mit der Antwort des Regierungsrates. «Ich hätte mir mehr zeitnahe und konkrete Projekte und einen grösseren Willen seitens Regierung erhofft.»

Aus dem Bericht des Regierungsrates wird denn auch klar: Am linken wie am rechten Ufer sind zwar mehrere Wegabschnitte in Planung. Konkrete Projekte dafür gibt es nach Ansicht der Postulanten nur wenige. Eines ist beispielsweise jenes im Thalwiler Gebiet Bürger, wo der Seeuferweg künftig durch die geplante neue Badi führen soll. Auch der 840 Meter lange Abschnitt zwischen dem Seeplatz Wädenswil und der Halbinsel Giessen soll ab 2025 erschlossen werden. Am rechten Seeufer ist auf dem Chemieareal Uetikon ab 2028 die Erschliessung zwischen der Meilemer Grenze bis zur Schifflande geplant.

Der Regierungsrat hält abschliessend fest, dass er die Aufwertung von öffentlichen Seegrundstücken vorantreiben will und den Zugang zum See attraktiver gestalten möchte.

Wer soll die Kosten tragen?

Im Postulat wollten die drei Kantonsräte auch wissen, weshalb Projekte für den Bau von Seeuferwegen nur zäh vorankämen. Der Regierungsrat listet mehrere Gründe auf. Hindernisse für den Bau von Uferwegen seien unter anderem private Grundstücke, der Naturschutz oder weil «die Gemeinden entweder andere Prioritäten setzen oder ihren Anteil der Mitfinanzierung nicht leisten können», schreibt der Regierungsrat. Beteiligen müssen sich die Gemeinden bei Uferwegbauten mit einem Fünftel der Kosten. Dieses Gesetz zu streichen, sieht eine parlamentarische Initiative vor, die derzeit im Kantonsrat hängig ist.

Wie vor einem Jahr eine erste Debatte über das Postulat im Kantonsrat zeigte, sind nicht alle mit dem Druck einverstanden, den Links- und einige Mitte-Parteien bezüglich Seeuferweg auf die Regierung ausüben. Nicht zwingend nötig fanden das Postulat Vertreter von FDP und CVP. Letztlich wurde es aber deutlich mit 122 zu 48 Stimmen an den Regierungsrat überwiesen. Tobias Mani hofft nun, erneut ein solches Mehr zu finden. Denn mit der Antwort der Kantonsregierung gibt er sich nicht zufrieden und will, dass diese ihren Bericht nochmals nachbessert.

Pflicht für Eigentümer?

Unzufrieden mit der Antwort des Regierungsrates ist wenig überraschend auch der Verein «Ja zum Seeuferweg.» Dass es ein «Konfliktpotenzial» zwischen dem Bau des Seeuferwegs und dem Naturschutz gebe, bezeichnet er in einer Mitteilung als «völlig irreführend».

Auch verweist der Verein auf Vereinbarungen, die auf dem Konzessionsland gelten. Auf dem einst aufgeschütteten Land im Zürichsee sei für die privaten Grundeigentümer in den meisten Fällen eine Pflicht enthalten, für Wege im öffentlichen Interesse unentgeltlich Land abzutreten. Diese Rechtslage steht im Moment allerdings auf wackligen Beinen, da derzeit das Gesetz «Planen und Bauen im Uferbereich von Seen» überarbeitet wird. Dieses sieht vor, dass künftig nicht der Kanton, sondern die Gemeinden über die Seeparzellen befinden. Auch wenn der Seeuferweg Teil des Richtplans bleibt, sind die Chancen zur Realisierung gesunken.